



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Sicherstellung der Einbindung Bayerns bei Umsetzung der Beschlüsse des EU-Sondertreffens vom 25. Oktober 2015**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sicherzustellen, dass der Freistaat Bayern bei der Umsetzung des 17-Punkte-Plans des jüngsten EU-Sondertreffens in Deutschland vollständig eingebunden wird und dabei eine direkte Einbindung des Freistaats in das System der Kontaktstellen zwischen allen Regierungen für gegenseitigen Informationsaustausch und gegenseitige Abstimmung erfolgt;
2. sich auf Bundes- und Europaebene einzusetzen, dass gemäß des 17-Punkte-Plans,
  - a) bestehende Rückführungsabkommen schnellstmöglich vollständig umgesetzt und geplante Rückführungsabkommen der EU abgeschlossen werden,
  - b) die geplante Registrierung bei der Einreise der ankommenden Menschen an der EU-Außengrenze und eine effektive Sicherung der EU-Außengrenzen schnellstmöglich und flächendeckend gewährleistet werden;
3. dem Landtag zu berichten,
  - a) inwieweit und in welcher Form die Staatsregierung in Folge der Beschlüsse des in Rede stehenden EU-Sondertreffens von Seiten der Bundesregierung schon eingebunden wurde,
  - b) welche Auswirkungen die beschlossenen verstärkten Maßnahmen von Polizei und Justiz gegen Schlepper für die bayerischen Behörden haben;

- c) ob und inwieweit bayerische bzw. in Bayern stationierte Polizeikräfte von den Beschlüssen des in Rede stehenden EU-Sondertreffens betroffen sind, insbesondere im Hinblick auf die vereinbarten 400 Polizisten, die nach Slowenien geschickt werden sollen.

### **Begründung:**

Der 17-Punkte-Plan des EU-Sondertreffens vom 25. Oktober 2015 sieht Maßnahmen für zusätzliche Aufnahmeplätze entlang der sogenannten Westbalkanroute, Kontaktstellen, Registrierungen der Flüchtlinge an den Außengrenzen, Maßnahmen zur beschleunigten Rückführung und gegen Schlepper sowie einen besseren Schutz der Außengrenzen vor. Für ihren Erfolg und die erhofften Entlastungen für unsere Heimat Bayern ist eine direkte Einbindung der Staatsregierung in das geplante Kommunikationsnetz ebenso erforderlich wie ein Drängen auf eine schnelle Umsetzung der Sicherung der Außengrenzen und der Registrierung. Nur durch eine enge Zusammenarbeit vor allem der Mitgliedstaaten, die auf der Westbalkanroute liegen, ist europäische Solidarität und gemeinsames Handeln wieder möglich. Auch bei den geplanten und bestehenden Rückführungsabkommen muss auf einen schnellen Abschluss und auf eine schnelle Umsetzung gedrängt werden, um unsere Aufnahmekapazitäten auf die wirklich Asylberechtigten zu konzentrieren.